

# #Merkelwillnichtweg

## Die Bundeskanzlerin erhielt Angebote, die sie nicht ausschlagen konnte. Sie will weitermachen – in jeder Hinsicht wie bisher

Arnold Schölzel

---

Nach dem Wahlsieg Donald Trumps in den USA hatte der Medienmainstream vom britischen *Economist* (»Looking to Mutti«) über die *New York Times* (»Letzte Verteidigerin des liberalen Westens«) bis zur *Hamburger Zeit* (»Anführerin der freien Welt?«) Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zu seiner wichtigsten Hoffnungsträgerin hochgeschrieben. Es waren Angebote, die sie nicht ausschlagen konnte.

Gestern um 13.20 Uhr war es soweit: »Bundeskanzlerin Angela Merkel will wieder für den CDU-Vorsitz und das Kanzleramt kandidieren. Das sagte die 62jährige am Sonntag in Berlin, wie die *Deutsche Presseagentur* aus dem CDU-Präsidium erfuhr.« Die Aussicht auf vier weitere Jahre »Agenda-2010«-Politik (mit etwas Salbe für diejenigen, die noch wählen gehen) und Weiterführung der laufenden Hillary-Clinton-Gedächtniskriege (garniert mit Entspannungspräsen und gleichzeitig verstärkter Aufrüstung plus Aufmarsch gegen Russland) macht den allfälligen Jubel in Konzern- und Staatsmedien sicher. Sie prophezeien unisono seit dem 9. November wegen Trump den Weltuntergang. Dagegen steht nun eine Licht- und Freiheitsstatue. Nicht mehr Germania, sondern Miss Liberty wie in Columbia-Filmen (heute Sony). Ob diese Heroisierung in den heute angeblich »postfaktischen Zeiten« (Merkel) im Wahljahr 2017 Fans mobilisieren kann, ist zweifelhaft. An den Tatsachen einer sozial verheerenden Ausplünderungspolitik speziell gegenüber Lohnempfängern und Erwerbslosen ändern Medien nichts. Noch weniger an den völkerrechtswidrigen Kriegen des Westens. Das Mandat der Bundeswehr für Afghanistan wurde vom Kabinett gerade um ein Jahr verlängert.

Die Kandidatur der Amtsinhaberin signalisiert: »Weiter so!« Das betrifft auch die Koalition von CDU/CSU und SPD, die bereits mit dem Vorschlag, Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten zu wählen, de facto abgesegnet wurde. Das besagt aber zugleich: Die Unionsparteien haben dem Wahlvolk personell nichts anderes zu bieten, die Sozialdemokraten kapitulieren und können auf die Benennung eines Kanzlerkandidaten verzichten. Wie in den USA regiert auch hier eine Einheitspartei, deren Flügel in zwei Parteien auftreten. Es lässt sich zugleich sagen: Diese Kandidatur ist auch eine Reaktion des regierenden politischen Personals auf die rechten Schreihälse, die seit Sommer 2015 auf Plätzen und Straßen »Merkel muss weg!« skandieren und deren Rücktritt von Monat zu Monat neu vorhersagen. Das Herumlaufen und -brüllen konnte ignoriert werden, der Zusammenhang mit den AfD-Wahlerfolgen nicht. Die trugen zum Schulterchluss in den oberen Etagen des Gemeinwesens mindestens so bei wie der Auftrag aus der westlichen Wertegemeinschaft, die schwelende, jederzeit zum Ausbruch neigende Krise des Kapitals zu bewältigen sowie die Kriegs-, Aufrüstungs- und Repressionsvorhaben fortzusetzen.

Die AfD-Erfolge hierzulande und ähnliches anderswo signalisieren tiefe gesellschaftliche Widersprüche und Spaltungen. Nun will die CDU am 6. Dezember auf ihrem Parteitag nicht nur Merkel küren, sondern auch eine »Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa« liefern, sich um Familien und Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen kümmern. Renten sollen aber weiter gekürzt und »Integrationsverweigerer« härter sanktioniert werden. Als Rettungsring für die »freie« Welt scheint das etwas zu klein.

---

<http://www.jungewelt.de/2016/11-21/001.php>